

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011

Themenbereich Bildung

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen oder regionalen Herkunft der Kinder möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden, um gleiche Startchancen für alle zu bieten.

1.1 Sind Sie der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagskita-Platz für alle ab dem ersten Lebensjahr gerechtfertigt ist?

Wir lehnen die Wiedereinführung eines ganztägigen Anspruches auf Betreuung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern ab. Die meisten Eltern, gleich ob beide erwerbstätig oder erwerbslos kümmern sich verantwortungsvoll um ihre Kinder. Wird festgestellt, dass sie dies in Einzelfällen nicht machen, gibt es auch heute schon die Möglichkeit für die Landkreise, einen ganztägigen Anspruch zu begründen. Dies findet in der Praxis auch statt. Gleichzeitig steigt derzeit die Zahl der Kinder, die einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung haben, durch die sich bessernden Bedingungen am Arbeitsmarkt bzw. ergänzende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erheblich an.

1.2 Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Während der großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD wurde auf Bundesebene die sogenannte „Herdprämie“ beschlossen, über deren Höhe bis 2013 entschieden werden muss. Die FDP legt großen Wert darauf, dass die Länder in eigener Regie über die Verwendung der Mittel entscheiden dürfen. In diesem Fall würden wir es dort einsetzen, wo es den Kindern am meisten zugute kommt – zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen.

1.3 Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar“ sichert frühkindliche Bildungsstandards auf hohem Qualitätsniveau. Eine Fortschreibung des Programms befürworten wir durchaus. Die Umsetzung in den Kitas ist bereits jetzt verbindlich. Daran wird die FDP nichts ändern.

1.4 Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

Die FDP setzt auf eine gute Fachausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Die Ausbildung sollte modular gestaltet sein, sodass auf eine Fachausbildung eine Hochschulausbildung folgen kann. Letztere sehen wir mittelfristig für die Leitungsfunktionen von Kindertageseinrichtungen vor.

2. Bildung in der Schule

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, einer Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen.

2.1 Wie sollte ein modernes Schulsystem Ihrer Meinung nach aussehen?

Ein modernes Schulsystem bemisst sich an Begabungsgerechtigkeit und Leistungsfähigkeit. Ständige Strukturdiskussionen verbessern keine Schule, sondern führen nur zu Unruhe. Im Mittelpunkt steht für uns die Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler, welche unterschiedliche Voraussetzungen und Entwicklungspotenziale mitbringen. Diese Förderung ist am besten durch mehr Eigenverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer und der Einzelschulen und weniger durch Detailsteuerung aus dem Kultusministerium zu organisieren.

Das bestehende gegliederte Schulsystem unseres Landes bietet alle Voraussetzungen dafür, sich in diese Richtung weiter zu entwickeln.

2.2 Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

Die FDP strebt die Zusammenführung der Personal- und Sachverantwortung für Schulen bei den kommunalen Trägern an, um die Zuständigkeit für Schule, Jugend- und Sozialhilfe in eine Hand zu geben. Somit entfallen Schnittstellen, und Hilfeleistungen können „aus einem Guss“ individuell erbracht werden.

Wir setzen vor allem auf mehr Eigenverantwortung und die Ideen der Schulen vor Ort. Schließlich kennen die Schulen ihre Schülerinnen und Schüler sowie das familiäre und kommunale Umfeld am besten. Besondere Hoffnungen legen wir in die Stärkung der Sekundarschulen als dem zentralen Element des sachsen-anhaltischen Schulsystems. Von den Sekundarschulen aus sind bereits jetzt alle Abschlüsse zu erreichen, über den Weg der berufsbildenden Schulen auch das Abitur. Sie sollen sich deshalb auf ihr eigenes Profil – Lebensnähe und Berufsorientierung – konzentrieren, und nicht zu einem Gymnasium light entwickeln.

3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

Die Förderung der Familie und der Familienbildung ist politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten. Die Herausforderungen, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise: „Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung als ein wichtiger präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt. In Sachsen-Anhalt wurden kontinuierliche Schritte gegangen, um den Bereich der Familienförderung auszubauen bzw. Angebote auf regionaler Ebene anzuregen. Die Familienverbände als Lobby für Familie werden dabei vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

3.1 Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

Die FDP will eine Politik, die mehr Vertrauen in die Familie setzt und weniger staatliche Bevormundung beinhaltet. Der Staat weiß nicht besser, wie Kinder zu erziehen sind, als die eigenen Eltern. Aufgabe der Kommunen ist, die Eltern zu unterstützen, aber nicht zu entmündigen. Andererseits ist und bleibt die Kindererziehung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Eltern und kann nicht auf staatliche Institutionen abgewälzt werden. Unterstützend können Familienförderungsangebote als Familienbildungsangebote wirken. Hierzu muss der aktuelle Bedarf ermittelt und resultierend daraus bedarfsgerechte Angebote gestaltet werden.

3.2 Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

Die Hauptaufgabe der Familienbildungseinrichtungen besteht darin, denjenigen zur Seite zu stehen, die tatsächlich Hilfe im Sinne von Bildung bei der Kindererziehung und Kinderbetreuung und der Gestaltung des Familienlebens benötigen. Hier gilt es, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken, die hier ein Defizit erkennen lassen,

3.3 In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

Der Ausbau der Familienbildungsangebote sollte sich an nichts anderem als dem Bedarf orientieren. Schwerpunkt ist, wie in Frage 2 dargelegt, die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern, die Defizite in diesem Bereich aufweisen.

3.4 Wie stehen Sie zum Aufbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

Einer Erweiterung der Aufgaben ausgewählter Kindertagesstätten um die Familienbildung können wir Liberale uns vorstellen, insbesondere dort, wo ein hoher Bedarf an Elternbildung

besteht. Kindertagesstätten bieten durch den täglichen Kontakt mit Eltern und der genauen Kenntnis der Kinder gute Möglichkeiten zur Animierung der Wahrnehmung von Elternbildungsangeboten. Ob Investitionen nötig sind, kann erst nach einer entsprechenden Bedarfsermittlung beantwortet werden.

3.5 Wie sehen Sie in Zukunft die Rolle präventiver Beratungsangebote für Familien im Kontext der Neustrukturierung der Beratungslandschaft?

Die Ausgestaltung der sozialen Beratungslandschaft im Land beschäftigte den Landtag in der laufenden Wahlperiode. Der Landtag entschloss sich, die Landesregierung aufzufordern, zusammen mit den Trägern von Beratungsstellen den Entwurf eines Konzeptes vorzulegen. Die FDP möchte diesen Entwurf als Grundlage für die weiteren Beratungen und Entscheidungen in ihren eigenen Gremien und im Landtag nehmen.

3.6 Werden Sie sich für die Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landes einsetzen?

In diesem Bereich liegt uns der tatsächliche Bedarf für Fachkräfte der Familienbildung und deren Weiterbildungsbedarf nicht vor. Sollte sich herausstellen, dass es hier Defizite gibt, wird sich die FDP der Stärkung des Themas „Familienbildung“ nicht verstellen.

3.7 Wie sehen Sie zukünftig die Rolle des Landesbündnisses für Familien Sachsen-Anhalt?

Das Landesbündnis für Familien als freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen, Institutionen und Verbänden begrüßen und unterstützen wir Liberalen ausdrücklich. Familienfreundlichkeit lebt nicht von Lippenbekenntnissen, sondern muss aktiv unterstützt und vorgelebt werden. Der Austausch von Ideen und Erfahrungen ist dabei besonders hilfreich. Vor allem kleine Unternehmen mit wenig Personal können von den Ideen und Erfahrungen anderer profitieren. Die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen in Unternehmen, Institutionen und Verbänden trägt dem beachtenswerten Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf am meisten Rechnung.

4. Themenbereich Demographie

Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wächst. Allzu oft wird diese Seite der demographischen Entwicklung defizitorientiert diskutiert und zu wenig als Chance für die Gesellschaft begriffen. Dabei erfüllt sich durch den Anstieg der Lebenserwartung ein Menschheitstraum. Selbstbestimmte Teilhabe ist in diesem Fall ein Schlüsselwort für ein neues Altersbild. Dies stellt die Gesellschaft aber auch vor große Herausforderungen, Teilhabe z. B. im ländlichen Raum zukünftig abzusichern. Gleichzeitig verändert eine älter werdende Gesellschaft ihre Präferenzen, dies kann für Jüngere zum Problem werden.

4.1 Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?

Die Bevölkerungsentwicklung in unserem Land weist seit 20 Jahren bei abnehmender Bevölkerung in Richtung einer älter werdenden Gesellschaft. Dies gilt es als Chance zu begreifen und durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale der älteren Generation zu nutzen. Die FDP wird eine Seniorenfreundlichkeitsprüfung einführen. Gerade ältere Menschen sind heute mobiler und zunehmend komplexeren Umfeldern ausgesetzt. Bei abnehmendem Hör-, Seh- und Tastvermögen müssen autozentrierte Bauten oder Zonen, Leiteinrichtungen im öffentlichen Leben und die Barrierefreiheit im Lebensumfeld älterer Mitbürger hinsichtlich des Bedürfnisses nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilt werden. Zur Absicherung der Versorgung im ländlichen Raum wird die FDP den Öffentlichen Personennahverkehr auf die Bedürfnisse von Menschen ausrichten, die nicht Auto fahren wollen oder können. Dies erfordert eine Abkehr von einer Verkehrsplanung, die sich nur an den Schulzeiten orientiert, hin zu einer regelmäßigen Erschließung in der Fläche.

4.2 Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?

Das Zusammenleben von Kindern, Familien und älteren Menschen wird sensibler werden, andererseits entstehen durch Grenzen der Leistungsfähigkeit staatlicher Hilfesysteme neue Unterstützungsbeziehungen. Trotzdem wird es in Zukunft in einer Demokratie, deren Entscheidungen auf Mehrheitsverhältnissen beruhen, eine große Aufgabe der Politik sein, die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Familien in der älter werdenden Gesellschaft entsprechend zu berücksichtigen, da diese dann zahlenmäßig unterlegen sein werden.

4.3 Wie wollen Sie Menschen motivieren, in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen?

Der Grund, warum junge Menschen das Land verlassen haben, war, dass sie in ihrer Heimat keine oder keine entsprechend bezahlte Arbeit fanden. Dies wird auch genau der Grund sein, warum diese Menschen zurückkommen oder warum sich junge Menschen aus anderen Teilen Deutschlands oder der Welt in Sachsen-Anhalt niederlassen. Sachsen-Anhalt ist ein wunderschönes Land, reich an Kultur und landschaftlicher Vielfalt. Die Grundstücks- und Eigenheimpreise sind vergleichsweise günstig, die Kindertagesbetreuung ist flächendeckend vorhanden. Dies alles sind Rahmenbedingungen für die Gründung von Familien. Und doch nützt all das nichts, wenn nicht entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sind. Wenn die Unsicherheit um den Arbeitsplatz bleibt, rückt die Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt oder unterbleibt ganz. Deshalb setzt die FDP auf sinnvolle Wirtschaftsförderung, auf Forschung und Entwicklung, um gut bezahlte, hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen

zu lassen. Das ist unserer Ansicht nach die größte Motivation in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen.

Darüber hinaus sollen junge Familien eine Unterstützung des Landes bei der Investition in Wohneigentum erhalten, um eine stärkere Bindung an das Land zu erreichen und durch Schaffung von Eigentum Krisen besser zu bewältigen. Die FDP wird im Rahmen einer Familienfreundlichkeitsaktion ein Programm zur Unterstützung von Unternehmen bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit auflegen und im öffentlichen Dienst Familienarbeit bei Karriereentscheidungen positiv berücksichtigen.

5. Themenbereich Armut und Teilhabe

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) war im Jahr 2009 mehr als jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt arm oder armutsgefährdet. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist die Armutsquote noch höher. Die Armut trifft besonders Familien mit Kindern und hier in erster Linie Alleinerziehende.

5.1 Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?

Zentrale Ursache für Armut ist in der Regel Arbeitslosigkeit. Deshalb ist das beste Mittel gegen Armut ein Arbeitsplatz. Und genau dort müssen sämtliche politischen und gesellschaftlichen Anstrengungen ansetzen. Die Politik muss Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen kann. Dies ist der Ansatz der FDP.

Alle anderen Maßnahmen lindern lediglich die Symptome. Die FDP befürwortet deshalb ein Sozialsystem, das den wirklich Bedürftigen hilft, aber keine Anreize setzt, sich in die so genannte soziale Hängematte zu legen. Wer für seinen Lebensunterhalt nicht selbst aufkommen kann, erhält die Unterstützung der Gemeinschaft. Dies steht in unserer Gesellschaft außer Frage. Gleichzeitig muss man aber von denjenigen, die für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können, auch verlangen, zunächst einmal genau dies zu tun. Das liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft und somit auch der tatsächlich Bedürftigen.

Auf Bundesebene wurde vor vielen Wochen ein Bildungspaket beschlossen, dessen Verhandlungen nun zu einem Ende gekommen sind, welches die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern ärmerer Familien weit verbessert. Die FDP Sachsen-Anhalt drängt nun auf eine schnellstmögliche Umsetzung des Bildungspakets.

5.1 Wie werden Sie die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?

Die Entkopplung gelingt am besten, wie Bayern zeigt, durch Konzentration auf die Förderung der unterschiedlichen Begabungen der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Dazu gehören Frühförderung, die Weiterentwicklung des Bildungsprogramms der Kindergärten, der Erhalt des gegliederten Schulsystems um jedem Schüler seiner Begabung entsprechende Angebote zu unterbreiten, eine verbesserte Information über die Durchgängigkeiten im Bildungssystem zur Vermeidung von Irrwegen und die langfristige Planbarkeit des Bildungsweges durch ein Ende der politischen Experimente an den Schulen.

5.2 Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Die FDP sieht aufgrund der Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel durch das Land und die Kommunen die Mobilität aller Bevölkerungsgruppen auch im ländlichen Raum als gegeben an.

5.3 Was halten Sie von einer kostenfreien Mittagsversorgung in Kita und Schule?

Grundsätzlich sehen wir Liberale Eltern in der Pflicht, für die Ernährung ihrer Kinder zu sorgen. Dazu gehört selbstverständlich auch ein warmes Mittagessen.

Da die Versorgung der Kinder mit Mittagessen durch deren Eltern in vielen Fällen nicht oder nicht ausreichend vorgenommen wird, wird durch das auf Bundesebene beschlossene Bildungspaket ein Zuschuss für das Mittagessen in Kita und Schule gezahlt. Von einem vollkommen kostenlosen Mittagessen halten wir Liberale wenig.